

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

19.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Wirtschaftspolitik Häfen: Nordosten freut sich über Millionen-Bundesförderung</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 16.09.2022</i> .....	3
2   <b>Schwesig begrüßt Millionenförderung des Bundes in Energiesektor</b> <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 16.09.2022</i> .....	4
3   <b>Belgische Regierung prüft Reservemodus für Doel 3</b> <i>energate Messenger, 16.09.2022</i> .....	5
4   <b>Atommüll-Endlager-Debatte: Landesamt greift ein</b> <i>Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt, 19.09.2022</i> .....	6
5   <b>Ministerpräsident Weil: 'Nord Stream 2 wird nie in Betrieb gehen'</b> <i>dpa-AFX-Line, 19.09.2022</i> .....	7

## Wirtschaftspolitik Häfen: Nordosten freut sich über Millionen-Bundesförderung

Politik und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern begrüßen einhellig die Fördergelder des Bundes zur Sicherung der Energieversorgung. Das Land werde 150 Millionen Euro vom Bund erhalten, um in die Häfen Rostock und Lubmin zu investieren, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Freitag.

Mit dem Geld soll der Rostocker Hafen für den Import von Öl und den Transport zur PCK-Raffinerie Schwedt in Brandenburg ertüchtigt werden. Zu anderen sollen die Häfen in Rostock und Lubmin sowie deren Umland zukunftsfähig werden. Geld soll vor allem in Investitionen fließen, die der Energiesicherheit dienen. Hierzu gehören etwa gewerbliche Investitionen oder Ausgaben für wirtschaftsnahe Infrastruktur.

Die Bundesregierung hatte angekündigt, zwei Töchter des russischen Ölkonzerns Rosneft und damit auch die PCK-Raffinerie unter ihre Kontrolle zu bringen. Hintergrund ist das Ölembargo gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs, das ab Januar greifen soll.

Die Industrie- und Handelskammer in Rostock zeigte sich erfreut: „Ein super Schachzug der Politik und ein wichtiger Schritt für die Versorgungssicherheit“, lobte IHK-Präsident Klaus-Jürgen Strupp. Damit werde nicht nur der Betrieb der Raffinerien in Schwedt, Karlsruhe und im bayerischen Vohburg gewährleistet. Auch die eigene Region werde profitieren.

Der Mecklenburger FDP-Bundestagsabgeordnete Ha-

gen Reinhold und sein SPD-Kollege Frank Junge zeigten sich ebenfalls erfreut. Reinhold sieht die Förderung als Chance für das Land und den gesamten Osten. „Wir wollen dauerhaft weg vom Öl, hin zu grünen Energieträgern.“ FDP-Fraktionschef René Domke sagte: „Das Zukunftspaket wird gerade für unser Bundesland einen großen Transformationsschub bringen.“

Auch die Landesregierung betonte die Bedeutung auf lange Sicht. „Im Mittelpunkt stehen hier Transformationsinvestitionen in die Infrastruktur vor allem für den Ausbau des Rostocker Seehafens sowie das Voranbringen verschiedenster Energievorhaben, um Wasserstoffprojekte weiter zu unterstützen“, hieß es von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Schwesig zufolge sollen nicht nur die Häfen profitieren, sondern auch die umliegenden Kreise Rostock und Vorpommern-Greifswald.

Die Bundesförderung besteht laut Landesregierung aus 50 Millionen Euro, die in den Umbau des Rostocker Hafens zum Ölhafen fließen. Darüber hinaus sollen 93,7 Millionen Euro aus einem Förderpotenzial für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt fließen, welche für den Umbau der Hafenstandorte im Nordosten bestimmt sind. Die Gesamtsumme wird durch das Land verdoppelt. Darüber hinaus legt der Bund ein weiteres Programm mit 100 Millionen Euro auf. Auch hier will sich die Landesregierung mit Projekten um zusätzliches Geld bemühen.

📰 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 16.09.2022

## Schwesig begrüßt Millionenförderung des Bundes in Energiesektor

**Schwerin/Berlin** (dpa) - Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) begrüßt die Förderung des Bundes zum Ausbau der Häfen in Rostock und Lubmin. «Mecklenburg-Vorpommern wird circa 150 Millionen Euro erhalten vom Bund, um in unsere Häfen Rostock und Lubmin zu investieren», sagte die Schweriner Regierungschefin am Freitag bei einer Pressekonferenz in der Landesvertretung in Berlin. Mit dem Geld soll zum einen der Rostocker Hafen für den Import von Öl und seinen Transport zur PCK-Raffinerie Schwedt in Brandenburg ertüchtigt werden. Zu anderen sollen die Häfen in Rostock und Lubmin sowie deren Umland zukunftsfähig werden.

Schwesig zufolge sollen die Fördermillionen dazu verwendet werden, Mecklenburg-Vorpommern an der Küste weiterzuentwickeln und zu einem wichtigen Energiestandort in Deutschland zu machen. Dazu gehören der Umbau des Hafens Rostock zum Hafen der Erneuerbaren Energien als auch die generelle Förderung der Wasserstoffwirtschaft im Nordosten. Gefördert werden sollen demnach vor allem Investitionen, die der Energiesicherheit dienen. Hierzu gehören den Angaben nach gewerbliche Investitionen, Ausgaben für wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie weitere Maß-

nahmen zur Steigerung der Standortattraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Bundesförderung gliedert sich den Angaben der SPD-Politikerin zufolge zum einen in 50 Millionen Euro, mit denen der Bund den Umbau des Rostocker Hafens zum Ölhafen finanziert. Darüber hinaus sollen 93,7 Millionen Euro aus einem Fördertopf für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt fließen, welche für den Umbau der Hafenstandorte im Nordosten bestimmt sind. Die insgesamt hierfür zur Verfügung stehende Summe wird durch eine Kofinanzierung des Landes verdoppelt. Darüber hinaus legt der Bund ein weiteres Programm im Umfang von 100 Millionen Euro auf, auch hier will die Landesregierung sich mit Projekten um zusätzliche Gelder bemühen.

Die Bundesregierung hatte zuvor angekündigt, die Mehrheitseigner der PCK-Raffinerie - Rosneft Deutschland und RN Refining & Marketing, beides Töchter des russischen Staatskonzerns Rosneft - unter staatliche Kontrolle zu bringen. Hintergrund ist das Öl-Embargo gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs, das ab Januar 2023 greifen soll.

## Belgische Regierung prüft Reservemodus für Doel 3

**Brüssel** (energate) - Die belgische Regierung lässt angesichts der angespannten Versorgungslage einen Reservebetrieb des Kernkraftwerks Doel 3 prüfen. Die Anlage sollte eigentlich am 23. September vom Netz gehen, der Rückbau zeitnah beginnen. Innerhalb der belgischen sieben-Parteien-Regierung gibt es aber Stimmen, die dies verhindern wollen.

Die geplante Abschaltung könne vorschriftsmäßig erfolgen, so die christdemokratische Innenministerin, Annelies Verlinden. Sie wolle lediglich einen Rückbau der Anlage verhindern, um sie "stand-by" halten zu können. "Wir müssen in diesen unsicheren Zeiten der Versorgungssicherheit Vorrang einräumen", so die Politikerin.

Doel 3 ist seit Jahren in den Schlagzeilen wegen Haarrissen in der stählernen Ummantelung des 1982 in Be-

trieb genommenen Reaktors. Zudem haben die belgische Atomaufsichtsbehörde FANK und der wissenschaftliche Rat für ionisierende Strahlung den von AKW-Betreiber Engie Electrabel vorgelegten Stilllegungsplan für Doel 3 bereits bestätigt. Die belgische Atomaufsichtsbehörde bestätigte, dass sie die Anfrage der Ministerin erhalten habe und dass ihre Experten daran arbeiteten, diese zu beantworten.

Der Betreiber Engie ist nicht wirklich an einem Weiterbetrieb von Doel 3 interessiert. Schon von der Laufzeitverlängerung von Doel 4 und Tihange 3 hielt das Unternehmen angesichts der Kosten und aus Sicherheitsgründen nicht viel. Im März hatte die belgische Regierung beschlossen, die Laufzeit dieser zwei jüngsten der insgesamt sieben Atommeiler im Land um zehn Jahre, bis Ende 2035 zu verlängern.

📰 Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt | 19.09.2022 | S. 13

📄 Auflage: 3.954 | Reichweite: 13.157

👤 Andreas Vogel

## RHEINSBERG

# Atommüll-Endlager-Debatte: Landesamt greift ein

## Behörde empfiehlt der Bundesgesellschaft für Endlagerung, mögliche Standorte bei Flecken Zechlin, Netzeband und Wulkow auszuschließen

Das dürfte die Bürgermeister von Neuruppin und Rheinsberg sowie den Direktor des Amtes Temnitz freuen: Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Brandenburg hat der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) empfohlen, die möglichen Standorte für ein Atommüll-Endlager bei Flecken Zechlin, Netzeband und Wulkow auszuschließen.

Brandenburg sei ein sogenanntes Eiszeitland, weshalb die Mindestdiefe für das Aufbewahren der insgesamt 1900 Behälter mit hochradioaktiven Abfällen nicht wie vom Bund vorgeschlagen bei 300 Metern, sondern bei 900 Metern Tiefe liegen sollte, sagte am Freitag Birgit Futterer. Die Abteilungsleiterin des Geologischen Dienstes im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) war auf Einladung der Anti-Atomkraft-Organisation „Ausgestrahlt“ in die Rheinsberger Musikbrennerei gekommen.

Die BGE hat im Land Brandenburg insgesamt 17 sogenannte Teilgebiete vorgeschlagen, in denen die etwa 27 000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfall dauerhaft - das heißt nach derzeitigem Wissensstand für eine Million Jahre - in der Erde aufbewahrt werden könnten. Dafür gibt es zwei Bedingungen: Die radioaktiven Stoffe sollen sich am eingelagerten Standort nicht ausbreiten können, zum anderen muss das Gestein (Ton, Steinsalz oder Kristallingestein) temperaturbeständig sowie undurchlässig für Wasser und Gas sein.

Die Geologen vom Landesamt bezweifeln, dass diese Bedingungen bei Flecken Zechlin, Netzeband und Wulkow erfüllt werden. So bedecke beispielsweise der Ton, der als Barrieregestein gilt, nicht vollständig den Bereich beim Neuruppiner Ortsteil Wulkow, den der Bund als mögliche Endlagerstätte ausgewiesen hat.

Bei Flecken Zechlin werde indes die vom LBGR empfohlene Mindestdiefe von 300 Metern nicht erreicht und bei Netzeband fehlten Informationen, ob es bei der Tonschicht „Störungen“ gebe, so dass ein Austausch zwischen dem Tiefengrund- und dem oberflächennahen Süßwasser nicht ausgeschlossen werden könne. Laut Futterer folge die Bundesgesellschaft zumindest teilweise der Argumentation des Brandenburger Landesamtes. Unklar ist aber derzeit, ob durch diese Bedenken die drei möglichen Standorte bei Flecken Zechlin, Netzeband und Wulkow wirklich nicht mehr bei der Suche eines Standortes für ein Atommüll-Endlager in Deutschland geprüft werden. Schließlich soll erst im Jahr 2031 der Standort feststehen. Derzeit befindet sich die Bundesgesellschaft am Beginn der zweiten von drei Phasen, wobei die letztere das unterirdische Erkunden von mindestens zwei Standorten vorsieht.

Die Anti-Atomkraft-Organisation „Ausgestrahlt“ hatte am Wochenende zu einer zweitägigen Fahrradtour in Rheinsberg und Umgebung mit mehreren Veranstaltungen eingeladen.

## Ministerpräsident Weil: ‘Nord Stream 2 wird nie in Betrieb gehen’

Durch die Pipeline Nord Stream 2 wird nach Ansicht von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil nie Gas von Russland nach Deutschland fließen - auch nicht nach einem Ende der Ära von Präsident Wladimir Putin. "Der Vertrauensverlust ist so fundamental, dass es nie wieder eine Situation geben wird, in der eine deutsche Bundesregierung auf Energie aus Russland setzen kann", sagte der SPD-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. Er sei sehr sicher: "Nord Stream 2 wird nie in Betrieb gehen."

Die Bundesregierung hatte das Genehmigungsverfahren für die fertiggestellte Pipeline Nord Stream 2 im Februar kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine auf Eis gelegt. Putin hatte kürzlich gesagt, er wolle die Pipeline bei Bedarf in Betrieb nehmen. Die Gaslieferung durch die andere Ostseepipeline Nord Stream 1

hat Russlands Staatskonzern Gazprom US3682872078 eingestellt - mit Verweis auf technische Probleme, die angeblich aufgrund der Sanktionen nicht zu beheben seien. Die Bundesregierung hält diese Begründung für vorgeschoben.

Weil sagte, es werde nicht mehr zu einer Energie-Partnerschaft mit Russland kommen. "Die Russen haben längst alle Brücken abgebrochen, und zwar indem sie das wichtigste Gut einer Partnerschaft zerstört haben: Vertrauen." Jeder, der sich nun noch auf eine Zusammenarbeit mit Russland einlasse, müsste fürchten, ein zweites Mal hereingelegt zu werden. "Diese Kooperation ist unwiederbringlich zerstört. Und der Westen wird sich davon schneller erholen als Russland."